

Joachim Fritz-Vannahme

## Es muss einem nicht bang sein

### Europa vor der Wahl

*Alle fünf Jahre wird dasselbe Klagelied angestimmt, die Bürgerinnen und Bürger würden bei der Europa-Wahl lediglich ihre eigene nationale Regierung bewerten. Unser Autor meint: Gut so! Denn Europa hat den Nutzen davon.*

Was hätte das für ein Europa-Jahr 2009 werden können. Man stelle sich vor, der Vertrag von Lissabon in Kraft, Jean-Claude Juncker der erste EU-Ratspräsident für die kommenden Jahre, Tony Blair *back on stage* als Außenminister der Union, pardon, so darf er sich auf britischen Wunsch ja nicht nennen, also: als Hoher Repräsentant und Vizechef der Kommission, ein smarterer Krisenmanager auf allen Kontinenten. Das europäische Parlament gestärkt, die nationalen Kammern in die Verantwortung genommen. Und dann als demokratische Apotheose der Urnengang aller Europäer in der ersten Juni-Woche, gefolgt von der Kür einer neuen Kommission, deren Präsident aus der stärksten Fraktion hervorgehen muss. Schön wär's.

Vom großen Jahr und der endlich gelungenen Reform der EU bleibt nur der Wahltermin Anfang Juni. Und an dem wird sich wiederholen, was so manche Europa-Wahl über sich ergehen lassen musste: Sie wird zum nationalen Test gestutzt. Es geht nicht um die künftige Führung der ganzen EU, sondern um die bisherige Leistung der eigenen Regierung. Für Bundeskanzlerin Angela Merkel und SPD-Außenminister Frank-Walter Steinmeier wird dieser 7. Juni zum Prolog der herbstlichen Bundestagswahlen. Präsident Nicolas Sarkozy wird erstmals seit seinem Triumph 2007 im nationalen Maßstab bewertet, und nicht anders ergeht es den belgischen, spanischen, italienischen oder polnischen Regierungschefs.

Doch hier soll nicht das alte Klagelied angestimmt werden, es gehe doch um Europa, nur gehe dafür keiner hin zur Wahl.



**Joachim Fritz-Vannahme**

(\* 1955) leitet das Europa-Programm der Bertelsmann Stiftung. Zuvor war er Europa-Korrespondent der Wochenzeitung *Die Zeit*.

joachim.vannahme@bertelsmann.de

Denn die nationalen Staats- oder Regierungschefs werden gerade dieses Mal auch nach ihrer europäischen Leistung benotet werden. Das bringt die wohl größte Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg mit sich, ja, sie erzwingt es geradezu. Zwar muss jede Regierung ihren Rettungsplan aus eigenen, also nationalen Mitteln finanzieren. Aber keine der 27 EU-Regierungen wagte bislang den Alleingang, und alle stimmten sie sich ab, wie die künftige Weltfinanzstruktur geordnet werden soll.

### Eine gesunde Portion Pädagogik fehlt

So besehen möchte man dem Wähler zurechnen: Nur zu, bewerte mit der Europa-Wahl ruhig die eigene Regierung. Denn Europa hat den Nutzen davon. Dem üblichen Bedauern über eine nationalisierte Europa-Wahl muss endlich die Einsicht weichen, dass diese EU auf gutes Regieren nicht allein in Brüssel, sondern in 27 gleichberechtigten Hauptstädten angewiesen ist. Ohne nationale Erfolge schwächelt das Projekt Europa. Es fehlt an einer gesunden Portion Pädagogik der Politiker in den Hauptstäd-

ten. Sie müssten die untrennbare Verflechtung ihrer nationalen Entscheidungen mit europäischen Wirkungen, wie auch umgekehrt von europäischen Entscheidungen (in Brüssel von ihnen persönlich gefällt), mit nationaler Wirkung nimmermüde erläutern. Genau daran jedoch fehlt es oft – und somit auch am nötigen Bewusstsein, wie dieses einzigartige politische Gebilde, kein Staat, kein Staatenbund, keine internationale Organisation, sondern eben: EU, mit seinen fast 500 Millionen Menschen, in einer globalisierten Welt geführt wird.

Dieses Europa ist stärker als es die Wahlbeteiligung erahnen lässt. Sie lag vor vier Jahren bei schmalen 45,6 Prozent – mehr als bei mancher deutschen Kommunalwahl, nur etwas weniger als in etlichen US-Präsidentenwahlen. Der Vergleich mag wenig tröstlich sein, darf aber nicht zum Trugschluss verführen, nur jeder zweite EU-Bürger sei an diesem einzigartigen Gebilde interessiert. Denn über Europas Stärke entscheiden in diesem System die Wähler mindestens noch ein zweites Mal, bei den nationalen Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen. Und wer dabei an die Macht gewählt wird, bestimmt auch über die EU mit, egal, wie begeistert der Gewählte dazu steht. Das ist den meisten Bürgern so nicht bewusst – und vielen Politikern auch nicht.

### Die EU setzt Maßstäbe

Wahlen in Europa, und beileibe nicht nur die Europa-Wahl, kennzeichnet so ein Doppelcharakter: Entschieden wird national, aber stets für die EU gleich mit. So ist diese Europäische Union in ihrem 51. Lebensjahr nun mal gebaut. Macht sie das stark oder schwächt sie das? Die Antwort findet, wer aus dem Fenster sieht und auf die Welt blickt.

Denn bei aller Kritik: Die Europäische Union setzt in der globalisierten Welt Maßstäbe. Zum Washingtoner Weltfinanzgipfel

brachte sie die Ideen mit und konnte darauf verweisen, dass ihre Banken im Debakel zwar nicht frei von Schuld sind, aber immerhin seit 2007 mit den Eigenkapitalvorschriften von *Basel II* vernünftigen Regeln zu gehorchen haben. Eine europäische Erfindung auch die Klimaziele mit der Formel 20-20-20: Bis zum Jahr 2020 sollen die Europäer 20 % weniger Kohlendioxid in die Atmosphäre blasen als im Jahr 1990, und bis zu diesem Datum soll auch der Anteil der erneuerbaren Energien auf 20 % steigen.

### Die Norm ist die Macht

Mit ihren Gesetzen und Verordnungen zwingt die EU den Rest der Welt auf dem Binnenmarkt zur Disziplin: Riesenkonzerne wie *General Electric* oder *Microsoft* etwa bekamen die Wettbewerbsregeln der Union schon zu spüren. Wie eine Stabilisierung und Zivilisierung grenzenloser Märkte aussehen kann, hat die EU innerhalb ihres Binnenmarktes gezeigt. Auch das machte sie zum Magneten für ihre Nachbarn, von Erweiterung zu Erweiterung.

Europäische Truppen, aber auch Polizisten und Juristen agieren weltweit. Die Idee, kriegerischen Konflikten mit einer kombinierten, militärisch-zivilen Strategie zu Leibe zu rücken, stamme aus Europa, lobte unlängst die *Süddeutsche Zeitung*. Diplomatisch sind EU-Politiker und Spitzenbeamte bestens trainiert: Was Interdependenz bedeutet, wie Multilateralismus funktioniert, wie unermüdlich ein politischer Dialog geführt werden muss, das üben sie tagtäglich im mühsamen europäischen Geschäft der Brüsseler Entscheidungsfindung. Für den Umgang mit einer multipolaren Welt jedoch ist dieses schweißtreibende Training genau das Richtige.

Genug der Komplimente, aber sie mussten einmal gemacht werden. Doch fehlt da nicht etwas, das dieser Bilanz etwas von ihrem Glanz nimmt? Liegt da nicht der Vertrag von Lissabon auf Eis nach dem

irischen *No*, und damit die seit anderthalb Jahrzehnten debattierte und herbeigesehnte neue Architektur einer erweiterten Union?

Wie gesagt, schade, dass Juncker, Blair & Co. – die Namen tun im Übrigen nichts zur Sache – in diesem Jahr 2009 dem Projekt Europa nicht mehr persönliches Profil und Ausdruck verleihen können. Schade auch, dass die Europa-Wahl den Institutionen, vom Ratspräsidenten bis zu den nationalen Parlamenten und Bürgern, nicht eine prominentere Rolle zuweisen kann, weil das Lissaboner Reformwerk nicht zur Verfügung steht.

Das macht die Europäische Union gerade auf internationalem Parkett ungelenk,

und dagegen hilft kein noch so gutes Training. Den Beobachtern wird das um so mehr ins Auge stechen, wenn mit dem amerikanischen Präsidenten Barack Obama ein Mann auftritt, der zuhören kann, der den Dialog sucht, und dem als geschulter Jurist die Macht der Norm wohl vertraut ist. Kurz, der auf seine Weise einige der europäischen Vorzüge mit einer Eleganz anwenden kann, die Europas Politikern fremd ist, schon weil die alten Verträge schwer an ihren Schuhen kleben.

Eleganz steht im Juni also nicht zur Wahl. Aber sonst muss einem am Wahltag nicht bang sein um die EU. Europa ist nicht immer auf dem richtigen Weg: Aber es ist der richtige Weg.

*Angelica Schwall-Düren*

## Die soziale Dimension entscheidet

*An der Europawahl 2004 beteiligten sich hierzulande nur 43 % der Wahlberechtigten. Einerseits ist zwar eine Mehrheit der Deutschen überzeugt, dass die dringlichsten Probleme auf europäischer Ebene gelöst werden müssen. Andererseits glaubt aber nur ein Drittel, dass ihre Stimme bei der Europawahl zählt. Wie kann die Sozialdemokratie diesem Trend entgegenwirken?*

Auch in Europa »ist die Luft voller sozialdemokratischer Themen« (*Franz Münteferring*). Die jüngste Finanzkrise hat zweierlei verdeutlicht: Zum einen, dass die Forderung nach einer wirksamen Regulierung des Marktes richtig ist. Jeder Markt benötigt Regeln. Das betrifft nicht nur die Regulierung der globalen Finanzmärkte, sondern die gesamte Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik in Europa. Die EU kann und muss sowohl auf europäischer als auch auf internationaler Ebene dazu beitragen, solche Regeln zu entwickeln und umzusetzen.

Die Sozialdemokratie setzt sich seit langem für eine aktive und koordinierte europäische Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik ein, wie sie in einer globalisierten Welt auch dringend erforderlich ist. Es wird immer deutlicher, dass nicht nur die



**Angelica Schwall-Düren**

(\* 1948) ist stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und leitet die Europapolitische Kommission beim SPD-Parteivorstand.

[angelica.schwall-dueren@bundestag.de](mailto:angelica.schwall-dueren@bundestag.de)

Preisstabilität der Zusammenarbeit in der EU bedarf, sondern dass auch Wachstum und Beschäftigung im europäischen Raum gefördert werden müssen. Wenn dies zutrifft, dann muss auch in Zukunft die europäische Integration vorangebracht werden. Klare Mehrheiten können festlegen, wie das Zusammenleben in der Union organisiert werden soll. Außerdem ist der Einfluss der EU in der Welt am größten,